

## 10 Umsetzung

### 10.1 Abstimmung mit Nutzungsberechtigten, Betriebsplanungen und anderen Fachplanungen

#### 10.1.1 Abgleich mit Betriebsplanungen sowie Anforderungen an nachfolgende Betriebs- und Fachplanungen

##### 10.1.1.1 Betriebsplanungen der Nutzungsberechtigten

###### Forsteinrichtung des Bundeswaldes

Gemäß der Stellungnahme des BFoA (ab 2005 BlmA) zum Vorläufigen Endbericht sowie der am 03.11.2004 erfolgten Nutzerabsprachen im BFoA entsprechen die im MaP formulierten allgemeinen Behandlungsgrundsätze für den **Wald-LRT 9190** sowie die diesbezüglich beschriebenen Detail-Maßnahmen für die einzelnen Wald-LRT-Teilflächen weitgehend den waldbaulichen Grundsätzen der Bundesforstverwaltung sowie den Kriterien der PEFC-Zertifizierung. Im Hinblick auf die bereits bestehenden Wald-LRT-Teilflächen ist eine an die FFH-Belange angepasste Überarbeitung bzw. Neuaufstellung der o.g. Fachplanung daher nicht erforderlich.

Auch die vor dem Hintergrund der vorgeschlagenen flächenmäßigen Vergrößerung des Wald-LRT formulierten Behandlungsgrundsätze mit Ziel der Erhöhung des Eichenanteils bei gleichzeitiger Zurückdrängung der Kiefer auf geeigneten Standorten (vgl. Kap. 9.2.2.3) entsprechen langfristig den Zielstellungen der Bundesforstverwaltung, so dass sich auch diesbezüglich kein Überarbeitungsbedarf ergibt.

Prinzipiell ergeben sich bezüglich der allgemeinen Behandlungsgrundsätze für die drei **Offenland-LRT 2310, 2330 und 4030** sowie die vorgeschlagenen teilflächenkonkreten Maßnahmen mehrheitlich keine Probleme mit der Forsteinrichtungsplanung. Die Entnahme einzelner Bäume kann ohne Waldumwandlungsverfahren erfolgen (bei einer Absenkung des Volumenschlussgrades unter 40% wäre dies nach § 8 (1) SächsWaldG beim LFP erforderlich).

Vor dem Hintergrund der dauerhaften Erhaltung und Förderung v.a. des Offenland-LRT 2330 ist eine Festschreibung der dazu vorgeschlagenen Maßnahmen zur Gewährleistung des weitgehend gehölzfreien Charakters in zukünftigen Forsteinrichtungen notwendig. Dies sollte mindestens für die derzeit auf den stärker geneigten Dünenbereichen befindlichen LRT-Teilflächen (potentiell waldfreie Bereiche der stärker reliefierten Binnendünenzüge, vgl. Kap. 2.1.2.5) einschließlich der im Rahmen von Entwicklungsmaßnahmen zur Flächenvergrößerung freigestellten Bereiche erfolgen.

Keine Konformität mit der Forsteinrichtungsplanung ergibt sich für **drei Teilflächen** des **Offenland-LRT 2330** (ID 10018, 10021 und 10026). Diese Bereiche sind entsprechend den vom BFoA zur Verfügung gestellten Daten bereits als Wald eingerichtet. Als Betriebszieltyp ist ein Eichen-Kiefern-Erlen-Wald angegeben, der sich zumeist durch ungehinderte Sukzession entwickeln soll.

Die nachfolgende Tabelle 10.1 gibt eine Übersicht über die betreffenden LRT-2330-Teilflächen, sowie die Planungen entsprechend den Forsteinrichtungsdaten.

**Tab. 10.1:** Übersicht über LRT-2330-Teilflächen mit nicht konformer Planung entsprechend den Forsteinrichtungsdaten (FED, Stand 1997) des BFoA (ab 2005 BlmA) im pSCI 191 „Dünengebiet Dautzschen-Döbrichau“

| LRT-ID / Größe            | Abteilung Größe  | Biotoptyp nach FED                                  | Hauptbaumart  | Betriebszieltyp entsprechen der FED | sonstige Bemerkung aus FED  |
|---------------------------|------------------|---|---|-------------------------------------|---|
| <b>10018</b><br>2,22 ha   | 740 a4<br>2,1 ha | Sukzessionswald (2,1 ha)<br>Sandmagerrasen (1,1 ha) | Birke 9 Jahre (1,3 ha),<br>Kiefer 5 Jahre (0,8 ha)  | Ei-Ki-Aln (Bi, As, Wei u.a.)        | • auf 1,9 ha Sukzessionswald überlassen                               |
|                           | 747 a1<br>2,2 ha | Sukzessionswald (2,2 ha)                            | Birke 8 Jahre (2,2 ha)                              | Ei-Ki-Aln (Bi, As, Wei u.a.)        | • auf 1,1 ha Sukzession überlassen                                    |
| <b>10023</b> ,<br>1,46 ha | 739 a2<br>1,1 ha | Sukzessionswald (1,1 ha)<br>Sandmagerrasen (0,3 ha) | Kiefer 10 Jahre (0,8 ha)<br>Birke 10 Jahre (0,3 ha) | Ei-Ki-Aln (Bi, As, Wei u.a.)        | • ehemalige Feuerstellung<br>• auf 0,7 ha Sukzession überlassen       |
| <b>10026</b><br>5,62 ha   | 726 a3<br>8,3 ha | Sukzessionswald (8,3 ha)<br>Sandmagerrasen (3,3 ha) | Kiefer 4 Jahre (7,5 ha)<br>Birke 10 Jahre (0,8 ha)  | Ei-Ki-Aln (Bi, As, Wei u.a.)        | • ehemalige Artillerie-Stellung<br>• auf 6,6 ha Sukzession überlassen |

Die entsprechend dem Waldgesetz formal korrekte Zuordnung der betreffenden, durch Sukzession zunehmend verbuschten Flächen zum Wald steht im Widerspruch zu der KBS-konformen Ansprache als Offenland-LRT (vgl. Kap. 11.1).

Zur Sicherung des dauerhaften Erhalts dieses LRT auf den o.g. Bereichen sollten diese im Zuge der Aktualisierung des Forsteinrichtungswerkes als Holzbodenflächen entlassen werden und die zur Sicherung/Wiederherstellung des günstigen Erhaltungszustandes notwendigen Maßnahmen in die zukünftige Forstplanung einfließen.

Die LRT-Teilflächen ID 10021 und 10026 befinden sich entsprechend dem genehmigten Regionalplan Westsachsen (REGIONALER PLANUNGSVERBAND WESTSACHSEN 2001) zudem in dem raumordnerisch festgesetzten Vorranggebiet Naturschutz und Landschaft, so dass sich die forstlichen Belange hier auch den naturschutzfachlichen Erfordernissen unterordnen müssten.

### **Bodenbedeckungs- und Benutzungsplan für den Standortübungsplatz**

Der BB-Plan für den StOÜbPI wurde ausgewertet und auf Plausibilität geprüft. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich im Rahmen jüngster Umstrukturierungen neue Flächenzuschnitte und Funktionszuweisungen ergeben können (vgl. unten, Kap. 10.1.2.3). Eine hohe Flexibilität auf der Fläche muss dem militärischen Nutzer zugestanden werden.

### 10.1.1.2 Sonstige Fachplanungen

#### Regionalplan

Entsprechend dem Regionalplan Westsachsen (Fassung gemäß Genehmigungsbescheid vom 15.03.2001, verbindlich seit dem 20.12.2001) soll nach dem Schutzgebietsprogramm des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung eine fachliche Prüfung und Vorbereitung der Ausweisung eines Naturschutzgebietes „Dünenwald Döbrichau“ erfolgen (REGIONALER PLANUNGSVERBAND WESTSACHSEN 2001).

Vorbehaltlich der Einbindung der in diesem MaP vorgeschlagenen Maßnahmen zur dauerhaften Erhaltung eines günstigen LRT-Zustandes in die weiteren Betriebsplanungen ist die Ausweisung eines NSG aus der Sicht des Gutachters nicht erforderlich (vgl. auch Kap. 10.2.2).

Außerdem werden im Regionalplan die Binnendünen der Annaburger Heide als regionaler Schwerpunkt des Biotopschutzes genannt. Die als regional bedeutsames Biotop bezeichneten Binnendünen sollen als Kernbestandteil regionaler Biotopverbundsysteme gesichert werden. Mit einer Ausweisung als FFH-Gebiet kann dieses Anliegen unterstützt werden.

Auf der Grundlage des § 1 Abs. 1 SächsWaldG ist im Regionalplan Westsachsen der überwiegende Teil des PG (z.B. der gesamte sich nördlich der Straße Rosenfeld-Züllsdorf erstreckende Bereich) als Vorranggebiet für Forstwirtschaft<sup>1</sup> ausgewiesen. Vorranggebiete für die Forstwirtschaft dienen dem Schutz besonders wertvoller Wälder vor Beeinträchtigungen ihrer Funktionsfähigkeit bzw. vor Umwandlung in andere Nutzungen (Totalverlust).

Vor dem Hintergrund der Förderung der in ihrem Vorkommen an Binnendünenbereiche gebundenen Offenland-LRT 2310 und 2330 sollte ausdrücklich auf Möglichkeiten diesbezüglich erforderlicher Waldumwandlungsverfahren in Kiefernforstbereichen verwiesen werden.

### 10.1.2 Nutzungsspezifische Bewertung der LRT-Flächen und der zugehörigen Maßnahmen („Nutzerendabstimmung“)

Nachfolgend werden die Ergebnisse der im Rahmen der am 03.11.2004 im BFoA durchgeführten Nutzerabsprachen, der zum Vorläufigen Endbericht zu erarbeitenden Stellungnahmen bzw. der am 11.11.2004 im StUFA Leipzig stattgefundenen RAG einschließlich diesbezüglich erfolgte Anmerkungen bzw. Einwände dargelegt.

Eine Übersicht über die teilflächenkonkret formulierten Maßnahmen und deren Umsetzbarkeit gibt Tab. 16.11 im Anhang.

#### 10.1.2.1 Forstliche Nutzung der Wald-LRT-Teilflächen

Von Seiten des BFoA Annaburger Heide (ab 2005 BlmA) und des FoA Falkenberg wurden im Rahmen der am 03.11.2004 im BFoA stattgefundenen Nutzerabsprachen bzw. der zum Vorläufigen Endbericht zu erarbeitenden Stellungnahme aus fachlicher Sicht keine Einwände, die zur Ablehnung des Planes führen würden, erhoben. Die allgemeinen

<sup>1</sup> Vorranggebiet nach § 7 Abs. 4 Nr. 1 ROG = Gebiet, das für bestimmte, raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen ist und andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausschließt, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen, Nutzungen oder Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind.

Behandlungsgrundsätze sowie die vorgeschlagenen teilflächenbezogenen Maßnahmen entsprechend weitgehend den waldbaulichen Grundsätzen der Bundesforstverwaltung sowie den Kriterien der PEFC-Zertifizierung

Die im Rahmen der Nutzerabstimmung zur Diskussion gebrachten Sachverhalte werden nachfolgend aufgeführt:

#### Teilflächenbezogene Maßnahmen

- Eine Zäunung zur **Förderung der LR-typischen Bodenvegetation** sowie zur **Förderung der Eichenverjüngung** wird insbesondere aus finanzieller Sicht als ungeeignet angesehen. Zudem besteht mehrheitlich noch keine Notwendigkeit der Eichenverjüngung auf den betreffenden LRT-Teilflächen. Aufgrund der gesunkenen Rotwildichte ist zudem eine spontane Ausbreitung einiger LR-typischer Arten – insbesondere der Heidelbeere - im PG zu beobachten und auch auf den LRT-Teilflächen zu erwarten.

In Absprache mit dem LFP wird weitgehend auf die Ausweisung der Maßnahme „Zäunung“ verzichtet, da diese aktuell nicht zwingend für den Erhalt des günstigen LRT-Zustandes notwendig ist. Lediglich bei der LRT-Teilfläche ID 10036 wird die langfristige Förderung der Eichenverjüngung als Erhaltungsmaßnahme weiterhin belassen, wobei hier die diesbezüglich möglichen Wege nicht vorgegeben werden.

- Bezüglich der schrittweisen **Entnahme gesellschaftsfremder Gehölze** (hier Rot-Eiche, Fichte, Lärche) wird darauf verwiesen, dass diese grundsätzlich ohne Kahlhiebe erfolgen muss und nur bei aufkommender Verjüngung mit LR-typischen Baumarten realisiert werden kann. Die Notwendigkeit der Entnahme jeder Lärche bzw. Fichte auf den LRT-Teilflächen wurde hinterfragt.

Da die betreffenden Baumarten auf den jeweiligen LRT-Teilflächen ohnehin nur einen geringen Flächenanteil einnehmen (und somit keine größeren Kahlhiebe entstehen können) und die Bestände durchweg einen relativ gut entwickelten An- bzw. Jungwuchs LR-typischer Gehölzarten aufweisen, steht den beiden erstgenannten Forderungen nichts entgegen. Für Fichte und Lärche wurde eine Entnahme bei Hiebsreife vorgeschlagen, so dass keine Einbußen aus vorzeitiger Nutzung (Hiebsunreifeverluste) entstehen. Ziel sollte jedoch der Verzicht auf Neupflanzungen auf den LRT-Teilflächen sein. Da die Einschränkung nicht für das gesamte PG gilt, konnte dem zugestimmt werden. Für die Rot-Eiche wurde aufgrund deren Ausbreitungsfreudigkeit und der dadurch möglichen stetigen Zunahme von Rot-Eichen-Verjüngung im Unterstand bei Belassen älterer Bäume (was perspektivisch zu einem hohen Anteil dieser Baumart in den weiteren Schichten führen kann) eine Entnahme vor Hiebsreife empfohlen. Dabei wurde jedoch nicht festgelegt, dass dies sofort für alle Bäume auf den LRT-Teilflächen erfolgen sollte. Zudem könnte auch eine Entnahme erst bei Hiebsreife akzeptiert werden, sofern von den Flächennutzern anderweitig dafür Sorge getragen werden kann, dass der Anteil dieser Baumart in den weiteren Schichten nicht die für einen günstigen Erhaltungszustand maximal möglichen 20% übersteigt.

Eine Umsetzung der Maßnahme, die zudem nur als Entwicklungsmaßnahme vorgeschlagen werden kann, wird daher als realisierbar eingeschätzt.

#### Entwicklungsmaßnahmen auf Gebietsebene

- Die vorgeschlagene Erhöhung des Eichenanteils bei gleichzeitiger Zurückdrängung der Kiefer auf geeigneten Standorten, der Verzicht auf flächige Aufforstungen und der Verzicht auf standortfremde sowie nichtheimische Baumarten entspricht den langfristigen Zielsetzungen der Bundesforstverwaltung. Unklar bleibt die zukünftige finanzielle Regelung des Verzichtes auf bestimmte Vornutzungen bzw. der Ausgleich der erhöhten Ernteaufwendungen durch die größere Staffelung der Eingriffe.

Aus fachlicher Sicht können die diesbezüglich vorgeschlagenen Entwicklungsempfehlungen zwar als realisierbar eingeschätzt werden. Die Frage der Finanzierung kann im Rahmen dieses MaP jedoch nicht geklärt werden und verbleibt somit als Konfliktpunkt (vgl. Kap. 11.)

### 10.1.2.2 Forstliche Nutzung auf Offenland-LRT-Teilflächen (AGV-Flächen)

#### LRT 2310, 2330 und 4030

Die Mehrheit der Teilflächen der LRT 2310 und 2330 sowie beide Teilflächen des LRT 4030 befinden sich im AGV-Teil des PG und unterliegend damit der Zuständigkeit des BFoA Annaburger Heide. Dieses akzeptiert die im MaP formulierten allgemeinen Behandlungsgrundsätze sowie die jeweils vorgeschlagenen Detail-Maßnahmen weitgehend. Da allerdings derzeit das BFoA als Zwischennutzer fungiert (ab 2005 BImA), ergeben sich aus Sicht der Forstverwaltung jedoch erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen und damit letztlich auch bei deren Realisierung.

Die im Rahmen der Nutzerabstimmungen zur Diskussion gebrachten Sachverhalte werden nachfolgend aufgeführt:

#### Allgemeine Behandlungsgrundsätze (Erhaltungsmaßnahmen)

- Präzisierung der Frage der Versiegelung der Waldwege, da das Aufbringen von wasserdurchlässigem Material (Recycling) keine Versiegelung im eigentlichen Sinne darstellt und der Ausbau von Wegen in einem von Sand dominierten Gebiet zur Holzbringung teilweise erforderlich ist.

Die Ausbringung von wasserdurchlässigem Material steht den naturschutzfachlichen Zielen nicht zwingend entgegen und kann als ggf. erforderlicher Kompromiss akzeptiert werden.

#### Teilflächenbezogene Erhaltungsmaßnahmen für LRT 2330-Teilflächen

A) auf noch mehr oder weniger stark geneigten Dünenstandorten

- Die **Entnahme einzelner Bäume** auf diesen kleinflächigen LRT-Teilflächen kann ohne Waldumwandlungsverfahren erfolgen und ist daher aus fachlicher Sicht akzeptabel und realisierbar.

B) auf bereits mehr oder weniger eingeebneten Flugsandfeldern

- Hinsichtlich der großflächigeren (auf ehemaligen Feuerstellungen befindlichen) LRT-Teilflächen ID 10018, 10021 und 10026 wird darauf verwiesen, dass diese infolge ungehinderter Sukzession wieder bewaldet sind und bereits als Waldflächen eingerichtet wurden. Für die Entnahme des forstlichen Aufwuchses unter einen Bestockungsgrad von 0,4 wäre daher eine Waldumwandelungsgenehmigung nach § 8 (1) SächsWaldG erforderlich. Ein derartiges Waldumwandlungsverfahren würde die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach sich ziehen. Das BFoA (ab 2005 BImA) sieht sich außerstande, derartige Belastungen auf sich zu nehmen, zumal keine Möglichkeiten der finanziellen Förderung bzw. der Befreiung von der funktionsgleichen Ersatzpflanzungspflicht bestehen.

Die sich hier ergebenden starken Überschneidungen von Naturschutzrecht und Waldgesetz lassen sich nicht im Rahmen eines MaP regeln, sondern bedürfen einer juristischen Klärung und verbleiben somit als Konfliktpotential (vgl. Kap. 11).

Da eine Anhebung des Zielbestockungsgrades auf über 0,4 aus naturschutzfachlicher Sicht langfristig nicht vertretbar ist, kann diesbezüglich auch keine Kompromissvariante vorgeschlagen werden, so dass die Maßnahme als prinzipiell durchführbar, derzeit aber aufgrund unklarer juristischer Verhältnisse als nicht umsetzbar einzuschätzen ist.

- Bezüglich einer möglichen **Beweidung** der LRT-Teilflächen wird auf die im pSCI vorhandene Muffelwild-Population verwiesen, bei der eine eventuelle Übertragung von Krankheitserregern durch Hausschafe ausgeschlossen werden muss.

Da die ohnehin nur für die im BMVg-Teil befindlichen Offenland-LRT-Flächen vorgeschlagene Beweidung als eine der möglichen Pflegevarianten von Seiten des militärischen Nutzers abgelehnt wird (vgl. 10.1.2.3), entfällt diese Form der Offenlandpflege ohnehin.

- Die als eine weitere Methode zur Pflege der Offenlandflächen vorgeschlagene **Mahd** wird aus forstlicher Sicht favorisiert. Es wird allerdings auf die Kostenintensität besonders im Zusammenhang mit dem Abtransport der Biomasse hingewiesen.

Bei Klärung der finanziellen Aspekte stellt die Mahd eine realisierbare Maßnahme dar. Dies gilt auch in Anbetracht der sich im Zusammenhang mit der nachfolgend aufgeführten Pflegevariante aktuell ergebenden Sicherheitsprobleme (Munitionsfreiheit nicht bis in ausreichende Tiefe gewährleistet, um eine effektive Durchführung mit erforderlicher schwerer Technik umzusetzen), da eine Mahd auch manuell erfolgen könnte.

- Hinsichtlich des als mögliche Pflegevariante aufgeführten **Abschiebens des Oberbodens** erfolgten aus forstlicher Sicht keine Einwände. Allerdings wurde sowohl von Seiten der Forstverwaltung als auch des militärischen Nutzers ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die für die maschinelle Ausführung dieser Maßnahmen notwendige Munitionsfreiheit bis in ausreichende Tiefe auch im AGV-Teil nicht gewährleistet werden kann (vgl. auch weiter unten).

Die Durchführbarkeit wird neben dem finanziellen Aspekt vor allem durch die aktuell nicht gegebene Munitionsfreiheit stark eingeschränkt, so dass die Maßnahme derzeit als nicht realisierbar einzuschätzen ist. Allerdings sollte das ungelöste Sicherheitsproblem nicht dauerhaft ein genereller Hinderungsgrund für mit (schwerer) Technik durchzuführende Maßnahmen sein. So ist eine Munitionssondierung und –beräumung im Rahmen der Ausgleichs- und Ersatzpflicht bei Eingriffsverfahren, z.B. dem Neuausbau der B 87 Torgau-Herzberg und dem Bau von Ortsumgehungen, möglich.

#### Teilflächenbezogene Erhaltungsmaßnahmen für LRT 2310- und 4030-Teilflächen

- Zum Plaggen liegen von Seiten der Forstverwaltung prinzipiell keine Einwände vor. Allerdings ergeben sich bei einer maschinellen Durchführung auch hier aufgrund der schon erwähnten fehlenden Munitionsfreiheit bis in eine für den Einsatz von größerer Technik erforderlichen Tiefe Einschränkungen.

Da es sich bei den betreffenden Heideflächen um verhältnismäßig kleinflächige Bestände handelt, wäre auch ein manuelles Plaggen denkbar, so dass die Maßnahme prinzipiell als umsetzbar angesehen werden kann.

- Bezüglich der Mahd als mögliche Pflegevariante wurde auf die positiven Erfahrungen mit der Firma Oehme bei der Mahd von Heideflächen im sachsen-anhaltischen Teil der Annaburger Heide (sowie vielen anderen militärischen Liegenschaften im Süden Ostdeutschlands) verwiesen, welche die Mahd und den Abtransport des Mähgutes kostenfrei übernahm.

Für die Heideflächen des PG wird daher prinzipiell die Mahd als Optimalvariante angesehen. Die Umsetzbarkeit der mittels eines Traktors durchgeführten Maßnahme wird auch hier wieder durch die aktuell nicht gewährleistete Munitionsfreiheit bis in ausreichende Tiefe eingeschränkt und ist erst nach Klärung der Sicherheitsfrage möglich.

### Teilflächenbezogene Entwicklungsmaßnahmen für LRT 2330

#### A) auf noch mehr oder weniger stark geeigneten Dünenstandorten

- Eine Freistellung v.a. der westlichen Randbereiche bereits vorhandener LRT-Teilflächen wird fachlich akzeptiert und ist prinzipiell machbar. Da es sich hierbei allerdings um eine Nutzungsartenänderung handelt, ist auch hier ein Waldumwandlungsverfahren einzuleiten, was die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach sich zieht.

### **LRT 6410**

Die diesem LRT entsprechende Teilfläche ID 10022 befindet sich im Zuständigkeitsbereich des BFoA Annaburger Heide (ab 2005 BImA), welches die im MaP formulierten allgemeinen Behandlungsgrundsätze sowie die geplanten Maßnahmen für diesen Offenland-LRT aus fachlicher Sicht akzeptiert.

Die vorgeschlagenen Pflegemaßnahmen werden daher bei Klärung der Finanzierung als umsetzbar eingeschätzt.

### **10.1.2.3 Militärische Nutzung auf Offenland-LRT-Teilflächen (BMVg-Teil)**

#### **LRT 2310, 2330 und 4030**

- Festschreibung der militärischen Nutzung: Es existiert ein genehmigter BB-Plan, der die weitere militärische Inanspruchnahme regelt.

Die vom militärischen Nutzer gewünschte Flexibilität auf der Fläche ist auch durch die „Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Übungsplätzen in Deutschland“ gedeckt (VMBI 2002, S. 339-348), welche für die Natura 2000-Gebiete auf militärischen Liegenschaften (FFH- und EU-Vogelschutzgebiete) unter anderem regelt, dass die militärische Nutzung sowie auch künftige Nutzungsänderungen nicht beeinträchtigt werden dürfen. Danach sind auch künftig Änderungen der Einteilung der Übungsräume bzw. andere Funktionszuweisungen jederzeit möglich. Dennoch ist der militärische Nutzer durch diese Richtlinie – im Rahmen seiner Möglichkeiten – verpflichtet, die Flächen in einem für den Schutzzweck günstigen Zustand zu erhalten, ein umweltverträgliches und nachhaltiges Biotopmanagement sicherzustellen und damit den Schutz prioritärer Arten und Lebensräume zu gewährleisten. Die Verbindung beider Forderungen wird als **realistisch** eingeschätzt.

- Eine **Beweidung** als mögliche Pflegevariante wird abgelehnt, da in diesem Bereich generell keine zivile Nutzung zugelassen wird.

Diese Pflegevariante ist daher im PG als nicht realisierbar einzuschätzen.

- Dem maschinellen **Plaggen** bzw. **Abschieben des Oberbodens** kann aufgrund der dafür nicht ausreichend tiefen Munitionsfreiheit nicht zugestimmt werden.

Auch diese Maßnahme ist somit momentan nicht umsetzbar. Nach einer Entmunitionierung, über deren Zeitpunkt keine Aussagen getroffen werden können, stellt dies jedoch eine der Vorzugspflegevarianten dar.

- Eine **Mahd** der betreffenden Flächen ist prinzipiell denkbar, sofern die Maßnahme ausreichend zeitig beantragt und die finanzielle Frage geklärt ist.
- Erforderlichen Gehölzentnahmen steht – sofern vereinbar mit den Zielen der militärischen Nutzung - nichts entgegen. Die Maßnahme sollte von Seiten der Bundesforstverwaltung bzw. dem Freigeländebetreuungsdienst der StOV umgesetzt werden.

Abschließend lässt sich für die Pflege der Offenland-LRT-Bereiche bei Berücksichtigung der oben aufgeführten Einschränkungen feststellen, dass vor allem die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen als derzeit realistisch umsetzbar eingeschätzt werden können.

- manuelle Mahd
- manuelles Plaggen
- Gehölzentnahmen bis zu einem Bestockungsgrad von 0,4

Diese Maßnahmen sind insbesondere auf den großflächigeren, sich auf bereits mehr oder weniger stark eingeebneten Flugsandfeldern befindlichen LRT-Flächen erforderlich. Hier bestehen nur in sehr eingeschränktem Maße Möglichkeiten der spontanen Offenhaltung, so dass von einem dauerhaften und erheblichen Pflegeaufwand auszugehen ist.

Es sei daher angemerkt, dass sich in Anbetracht der teilweise ungeklärten rechtlichen Verhältnisse sowie der fehlenden Fördermöglichkeiten perspektivisch auf die Erhaltung und Förderung der Offenlandbereiche der noch stärker reliefierten Dünenstandorten konzentriert werden sollte (hier effektiver, da spontane Offenhaltungsmechanismen besser förderbar).

#### **10.1.2.4 Jagdliche Nutzung**

Die im MaP aufgeführten Beschränkungen sind mit den forstlichen und jagdlichen Zielen der Bundesforstverwaltung kompatibel, die Schaffung tragbarer Wilddichten und eine ökologische Ausrichtung der Jagd ist erklärtes Ziel. Ein Aussetzen des Betreibens von Kirrungen auf den LRT-Teilflächen ist aufgrund von deren Kleinflächigkeit möglich.